



Das Land muss leben

von Dr. Gerhard Poschacher

Wenn das Land stirbt, atmet auch die Stadt nicht mehr. Dieser soziale Zusammenhang ist mittlerweile politischer Konsens, in Österreich genauso wie in der EU. 80 % der österreichischen Staatsfläche werden von Bauern bewirtschaftet und diese fühlen sich einem schonenden Umgang mit ihren Produktionsgrundlagen verpflichtet. Durch Einsparungen (öffentliche und betriebliche Haushalte) ist auch die Infrastruktur des ländlichen Raumes betroffen. Die EU-Strukturförderungen begegnen durch gezielte Maßnahmen den Problemen ländlicher Gebiete.



Foto: J. Krenn

Die starke Verbreitung des Begriffes „Ländlicher Raum“ beruht auf seiner scheinbaren Klarheit, da jeder, der ihn verwendet, davon ausgeht, dass die Adressaten dasselbe darunter verstehen. Der Begriff „Ländlich“ wird automatisch als Gegensatz zu „Städtisch“ verstanden.

Ländlicher Raum in Österreich

In Österreich werden unter ländlichem Raum einerseits Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte und Siedlungen mit dörflichem Charakter, andererseits Räume in denen die wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft noch entsprechend signifikant ist, verstanden.

Das Verhältnis zwischen den Erwerbstätigen hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Im Jahre 1951 waren von 100 Berufstätigen (Selbständige und Unselbständige) 29 im Dienstleistungssektor, 33 in der Land-

und Forstwirtschaft und 41 im Produktionssektor tätig. Die Erwerbstätigenanteile 2001 lauten: 64:6:30.

Die Land- und Forstwirtschaft hat durch die permanente Abgabe von Arbeitskräften an andere Sektoren und die preisgünstige Bereitstellung von Nahrungsmitteln (von 100 Euro Haushaltsausgaben entfallen nur 15 Euro auf Nahrungsmittel und Getränke) sowie Rohstoffen wesentlich zur Wohlstandsentwicklung bzw. zum Sozial-, Human- und Ressourcenkapital der Gesamtgesellschaft beigetragen. Dies zeigt sich ebenso in der großen Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und Pflichten in der ländlichen Gemeinschaft (Vereinsleben).

Bauern prägen den ländlichen Raum

Unbeschadet des sozio-ökonomischen Strukturwandels trägt die Land- und Forstwirtschaft nach wie vor die größte Verantwortung für die

Lebensqualität in ländlichen Regionen. Die österreichischen Bauern bewirtschaften etwa 80 % der Staatsfläche und fühlen sich einem schonenden Umgang mit der Umwelt zur Erhaltung ihrer Produktionsgrundlagen (Boden, Wasser, Wald) für nachfolgende Generationen verpflichtet.

Anzuführen sind:

- Der Mehrgenerationenhaushalt ist in der Land- und Forstwirtschaft ausgeprägter als in anderen gesellschaftlichen Gruppen.
- Die Altenpflege hat einen hohen Stellenwert.
- Die Kinderzahl ist im Durchschnitt höher als in anderen Familien.
- Der Zusammenhalt in der Familie, Nachbarschaft und im Dorf ist immer noch hoch.
- Die Bindung zu den Glaubensgemeinschaften, insbesondere zur katholischen Kirche, ist ausgeprägter als in den übrigen Berufsgruppen und im österreichischen Durchschnitt, wo die Sinnfrage ebenso gestiegene Bedeutung zugemes-

Die Bauern sind der Garant für die Erhaltung des ländlichen Raumes für die nächsten Generationen



FORSTMULCHEN

*Bestens geeignet zur Wald-Weide-Umwandlung
und Säuberung von verwilderten Weiden.*

Richard Steinwendner

A-4609 Thalheim/Wels, Ottstorf 2

Tel 0 72 42 / 51 295, Mob-Tel. 0 664 / 30 74 223

E-mail: steinwendner.richard@aon.at

<http://www.steinwendner.at>

sen wird, wie dem Bedürfnis nach Religion. Aber: Viele Menschen wollen sich gemäß europäischer Wertestudie (1993) nicht ausschließlich auf eine Religion festlegen.

- Das Bekenntnis zum Bauernbund ist, wie die Wahlergebnisse in allen Landwirtschaftskammern zeigen, nach wie vor hoch und daher der Wechselwähleranteil gering.
- Die Loyalität zu den Genossenschaften (Raiffeisen) ist ebenso ausgeprägt wie zu den gesetzlichen Interessensvertretungen.
- Die Bereitschaft zu Kooperationen wächst und ist auf dem Lande stärker ausgeprägt als in der Stadt.

Demographie in Österreich

Man kann die demographische Lage ländlicher Gebiete in Europa nur dann wirklich verstehen, wenn man sie im Rahmen der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung dieses Kontinents betrachtet. Wir beobachten in Europa ein historisch einzigartiges demographisches Phänomen: Die Bevölkerung eines ganzen Kontinentes scheint den kollektiven Entschluss gefasst zu haben, ihre Anzahl (ohne Kriegseinwir-

kung oder Hungersnöte) drastisch verringern zu wollen. Es werden seit Mitte der 70-er Jahre beträchtlich weniger Kinder geboren als zum Erhalt der Bevölkerung notwendig wären.

Die traditionell hohen Kinderzahlen im ländlichen Bereich, die noch während der Industrialisierung für den „Bevölkerungsnachschub“ der Städte und den industriellen Zentren gesorgt haben, gehören der Vergangenheit an. Heute liegen fast überall in Europa die durchschnittlichen Kinderzahlen im ländlichen Raum auf demselben niedrigen Niveau oder sogar noch deutlich darunter als in urbanen Gebieten. Eine Analyse der dazu vorhandenen Daten zeigt, dass der Kinderreichtum in den großen Städten hauptsächlich den Immigranten aus der Türkei und Südosteuropa zu verdanken ist.

Die Statistik Austria (vormals: Österreichisches Statistisches Zentralamt) veröffentlicht laufend einige wichtige demographische Maßzahlen auf Gemeindeebene. In dieser Statistik werden zurzeit 2.382 österreichische Gemeinden ausgewiesen. Davon werden 1.805 (oder 75,7 %) als ländliche Gemeinden klassifiziert. Bei einigen dieser Landgemeinden wurde allerdings in diesem

Zeitraum der Gebietsstand verändert, so dass ein Vergleich der Bevölkerungszahlen irreführend wäre. Es werden deshalb im Folgenden nur jene 1.744 Landgemeinden betrachtet, bei denen sich der Gebietsstand zwischen 1991 und 2001 nicht geändert hat. Die Analyse ergibt, dass von diesen 1.744 ländlichen Gemeinden mit identischem Gebietsstand 532 einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hatten. Dies entspricht einem Anteil von 30,5 %. Bei zwölf Gemeinden veränderte sich die Bevölkerung zwischen 1991 und 2001 nicht, und bei 1.200 Landgemeinden stieg die Bevölkerung an - meistens allerdings nur leicht.

Auswirkungen auf die Infrastruktur

Die Ausstattung mit (staatlicher) Infrastruktur wird in ländlichen Räumen mit schrumpfender und alternder Bevölkerung weiter abgebaut. Das Kernproblem ist die geringer werdende Auslastung bei einem gleichzeitig steigenden logistischen Aufwand. Dies gilt für den Post- und Paketdienst ebenso wie für die öffentliche Wasser- und Stromversorgung oder das Schulwesen. Die Anbindung mit Bussen und Bahnen wird ausgedünnt. Auch Gerichte und Verwaltungseinrichtungen des Staates müssen in regionalen Oberzentren zusammengelegt oder ganz geschlossen werden.

Die sozialen Folgen des Bevölkerungsrückganges und



der Alterung im ländlichen Raum sind oft weniger offensichtlich, dafür aber wahrscheinlich besonders gravierend. In den nächsten Jahrzehnten wird es mit ziemlicher Sicherheit ein weiteres Bauernsterben geben - und zwar nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern schlicht und einfach weil viele ältere Bauern ihren Betrieb nicht an Nachkommen übergeben können. Wenn immer öfter Bauernhöfe, die Jahrhunderte lang in Familienbesitz waren, an Fremde verkauft werden müssen, dann stirbt damit ein Stück dörfliche Kultur.

Neue Konzepte für den ländlichen Raum

Den Problemen ländlicher Gebiete wird seit der EU-Strukturfondsreform gezielt Rechnung getragen. Diese Instrumente wurden für die EU-Haushaltsperiode 2000 - 2006 im Rahmen der AGENDA 2000 auf dem Europäischen Rat von Berlin im März 1999 finanziell mit 213 Mrd. Euro (Strukturfonds: 195 Mrd. Euro, Kohäsionsfonds: 18 Mrd. Euro) ausgestattet und inhaltlich neu ausgerichtet. Die neuen Rahmenbedingungen für die europäische Regionalpolitik wurden dabei einerseits durch die bevorstehende Erweiterung der Union geprägt, andererseits durch das Ziel einer größeren inhaltlichen Konzentration der Strukturfonds sowie einer klareren Aufgabenteilung zwischen Europäischer

Kommission, Mitgliedsstaaten und regionalen Behörden geprägt.

Vor allem in den Ziel 1-Gebieten in der EU in denen das pro Kopf - Einkommen kleiner oder gleich 75 % des durchschnittlichen pro Kopfeinkommens in der gesamten Union beträgt und Ziel 5b-Gebieten (darunter fielen ländliche Gebiete, in denen erheblicher wirtschaftlicher Rückstand gegenüber dem Landesdurchschnitt herrschte) waren jene ländlichen Gebiete zu finden, die in der Umsetzung der EU-Regionalprogramme seit 1988 angesprochen wurden. Seit der EU Reform Agenda 2000 ist diese räumliche Zuordnung nicht mehr so klar ersichtlich. Während die Gebietskulisse der Ziel 1-Gebiete durch eine striktere Auslegung und Überprüfung der Kriterien auf eine kleinere Fläche komprimiert werden konnte, sind die Ziel 5b-Gebiete teilweise im neuen Ziel 2-Gebiet (darunter fallen alte Industriegebiete mit heute erheblichem wirtschaftlichem Rückstand) aufgegangen.

Die regionalpolitischen Ziele konzentrieren sich in Zukunft auf Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel 1) und auf Regionen mit wirtschaftlichen und sozialen Strukturproblemen (Ziel 2). Die Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik ist Gegenstand von Ziel 3, das außerhalb von Ziel 1 horizontal angewendet wird und



somit keiner regionalen Differenzierung unterliegt. Die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums werden im Rahmen von Ziel 1 aus Mitteln der Strukturfonds (EAGFL-A), außerhalb von Ziel 1 im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gefördert.

Strukturförderung ein Drittel des Budgets

Wie die EU-Kommission in ihrem präsentierten Dritten Kohäsionsbericht (Feber 2004) vorschlägt, soll für die Strukturförderung zwischen 2007 und 2013 etwa ein Drittel des gesamten Budgets, also rund 336 Mrd. Euro, zur Verfügung stehen und auf drei Schwerpunkte ausgerichtet sein. Für die „Ziel 1“-Gebiete neuen Zuschnitts soll grundsätzlich am bisherigen Kriterium festgehalten werden, dass solche Regionen gefördert werden, deren Wirtschaftsleistung pro Bewohner unter 75 % des EUDurchschnitts liegt. In diesen Gebieten sollen 264 Mrd. Euro oder 78,5 % aller Struktur Gelder fließen. Fast 110 Mrd. Euro sind in den bisherigen EU-Staaten dafür vorgesehen.

Unter dem Titel „Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäfti- >

Strukturförderungen sollen die ländlichen Gebiete wettbewerbsfähig erhalten



ERDBEWEGUNGEN - TRANSPORTE BEGRÜNUNGEN

Andreas Silberberger

A-6361 Hopfgarten, Bahnhofstraße 8
Tel. 0 53 35 / 22 52, Mobil: 0664 / 503 41 04

GESMBH & CO KG



Ausführung sämtlicher Erdarbeiten sowie
FORST- und ALPWEGBAU

**Begrünungsmaschine für
Wegböschungen, Skipisten usw.**

NEU

Zur Verfügung stehen an Baumaschinen:

Bagger-CAT 325LN · CAT-Laderaupen · Allrad + Mobilbagger · Spinne KAMO 4 x · Spinne KAMO 4 x mobil · CAT-Lader · LKW-Allrad, 2-Achser + 3-Achser · Spezialbohrlafette für Sprengarbeiten · Kleinbagger · Bagger-CAT 320

gung“ werden die bisherigen Ziel 2- und Ziel 3- Förderungen zusammengefasst - hier sollen knapp 58 Mrd. Euro oder 18 % aus der EU-Kasse fließen, davon nahezu 98 % zu Gunsten der „alten“ EU-Staaten. Grenzüberschreitende Projekte (Interreg), künftig unter dem Titel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ zusammengefasst, sollen mit 14,2 Mrd. Euro unterstützt werden, also um das Dreifache mehr als in der laufenden Periode. Etwa die Hälfte der Fördermittel ist für die bisherigen Mitgliedsstaaten reserviert.

Integrale Entwicklungs- politik

Mit der historisch bedeutenden agrarpolitischen Kurskorrektur - Agenda 2000 und der GAP - Reform vom Juni 2003 - hat sich auch auf EU-Ebene die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Agrarpolitik von einer Sektorstrategie zu einer integrierenden ländlichen Entwicklungspolitik erweitert werden muss. Fördergelder werden deshalb mittelfristig von der Überschussverwertung (Marktordnungskosten) in integrale Entwicklungs-

konzepte für die Regionen außerhalb der Städte transferriert. Bereits im Finanzierungskonzept der EU-Kommission für die Jahre 2007 bis 2013 wird sich dieser politische Paradigmenwechsel niederschlagen.

Umfragen zeigen, dass trotz einer gewissen Zukunftsangst und Irritationen über die politischen Rahmenbedingungen die neue junge Generation von Landwirten immer dominanter wird: sie ist stolz auf ihren Beruf, unternehmerisch orientiert und wirtschaftlichen Veränderungen aufgeschlossen.

Vom Landwirt zum „Lebenswirt“

Das Bild in der Öffentlichkeit ist überwiegend positiv. Der Weg vom Landwirt zum Lebenswirt wird von der Gesellschaft mitgetragen. Voraussetzung ist allerdings, dass die multifunktionalen Aufgaben der bäuerlichen Betriebe (Ernährungssicherung, Bereitstellung von Rohstoffen und Energie, Kulturlandschaft und Dienstleistungen) dauerhaft honoriert werden. Bauern und Verbraucher sind aufeinander angewiesen. Die zukünftige Einkom-

mensformel lautet daher: Produktionsfunktion (PF) plus Umweltfunktion (UF) ist Leistungsentgelt der bäuerlichen Familienunternehmen (BFU).

Während die Produktionsfunktion über die Markterlöse abgegolten wird, muss der Staat im Rahmen einer ökologischen Steuerreform als Nachfrager für die öffentlichen Güter (public goods), für die es keinen Markt gibt, einspringen. Die Entgelte der Gesellschaft müssen definierte Umweltleistungen (Bodenschutz, Betriebsmittelverzicht, Kulturlandschaft, Artenvielfalt) honorieren. Multifunktionalität kann nicht zum Nulltarif gefordert werden.

Die Bundesregierung beschloss im April 2002 „Die österreichische Strategie zur nachhaltigen Entwicklung“ mit der auch die Regionalität und Subsidiarität gefördert werden soll, ebenso Solidarität und Wissenstransfer einschließlich der Bereitschaft, eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft zu sichern. Agrarpolitik wird so zum Zukunftskonzept für die Gesellschaft, sprich zur Lebensgrundlagenpolitik.

Die vierzehn in Österreich anerkannten christlichen Kirchen veröffentlichten am 30. November 2003 erstmals ein „Sozialwort“ mit einem klaren Bekenntnis zur ökosozialen Marktwirtschaft und appellierten an die Politik, das Sozialkapital im ländlichen Raum zu stärken und dem Rückbau der Infrastruktur entgegenzuwirken, denn: *Das Land muss leben.* ■

Zum Autor:

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Poschacher war bis zu seiner Pensionierung Leiter der Abteilung für Agrarpolitik und Statistik im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft